

Neue Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche

Wie Abfallentsorgung effizienter wird

Der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) haben eine Neufassung der Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche herausgebracht. Damit soll die Abfuhrqualität zukünftig noch weiter verbessert werden.

Wettbewerb ist Teil des Erfolgsmodells „Soziale Marktwirtschaft“. Auch die Kommunen sind in vielen Bereichen Teil des wirtschaftlichen Geschehens und beauftragen Unternehmen mit Leistungen, die für die Bürger erbracht werden. Dabei haben sie sich an strenge Richtlinien zu halten. So auch bei der Entsorgung. Bei der Vergabe der Aufträge kommt es natürlich nicht nur auf den Preis, sondern vor allem auch auf die Qualität an. Mit den jetzt veröffentlichten überarbeiteten Orientierungshilfen wird darauf ein noch stärkerer Schwerpunkt gesetzt. Das Auftragsberatungszentrum Bayern und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband haben die Arbeit der Verbände unter vergaberechtlichen Aspekten fachlich begleitet.

Vermeintlich „günstigere“ Leistungsangebote sollten nicht zu Qualitätsminderungen bei der Abfuhr führen. Qualitativ hochwertige Leistungen und eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten sind neben dem Preis starke Argumente. Daher setzen sich die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung dafür ein, neben dem Preisaspekt auch soziale und umweltbezogene Leistungsanforderungen in öffentliche Ausschreibungen mit aufzunehmen.

VBS-Präsident Otto Heinz: „Ich freue mich, dass der VBS gemeinsam mit seinen kommunalen Partnern und den Partnern aus der Wirtschaft überzeugende Qualitätskriterien entwickeln konnte. Wir appellieren an die kommunalen Auftraggeber, diese Orientierungshilfen bei Ausschreibungen anzuwenden. Für besonders wichtig erachte ich die abschließenden Hinweise zum Einsatz einer Wertungsmatrix, denn der Preis muss keineswegs das ausschließliche Zuschlagskriterium bei einer öffentlichen Ausschreibung sein.“

Umweltschutz stärker berücksichtigen

Besonders der Umweltschutz sollte stärker berücksichtigt werden: Laut „Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft 2018“ weist die Abfallwirtschaft heute 67 Prozent weniger CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 auf. Die EU, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung haben sich zudem ehrgeizige Klimaschutzziele für die kommenden Jahre gesetzt. Der Einsatz veralteter Fahrzeugtechnik und/oder lange Anfahrtswege zum Ort der Leistungserbringung konterkarieren diese



Vermeintlich „günstigere“ Leistungsangebote sollten nicht zu Qualitätsminderungen bei der Abfuhr führen.

FOTO DPA

Bemühungen jedoch. Die gemeinsam erarbeiteten Orientierungshilfen behandeln folgende Aspekte: vergaberechtliche Rahmenbedingungen, Anforderungen

an die Bieterlegung, Anforderungen an die Leistungserbringung (Personal, Technik, Betriebsorganisation), Vertragsbedingungen, Anforderungen an die

Angebote und die mögliche Berücksichtigung von Qualitätskriterien neben dem Preis. Die Orientierungshilfen wurden unter Beachtung der derzeitigen Recht-

sprechung entwickelt. Sie sollen eine Hilfestellung für die kommunalen Auftraggeber sein und eine preiswerte, aber hochwertige Entsorgung sicherstellen. > BSZ

Abbiegeassistenzsysteme als Vergabekriterium bei kommunalen Beschaffungen

München sollte mit gutem Beispiel vorangehen

In Deutschland sind im vergangenen Jahr 382 Fahrradfahrer bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen. Während die Zahl der Verkehrstoten insgesamt zwischen 2010 und 2017 um 13 Prozent gesunken ist, blieb die Zahl der tödlich verunglückten Radfahrer nahezu konstant. Es gelte, die Sicherheit der Fahrradfahrer zu verbessern, sagte Bernhard Veldhues vom Statistischen Bundesamt vor Kurzem in Berlin.

Besonders schwere Folgen hätten Unfälle mit Lastwagen. Bei etwa jedem dritten Unfall mit Personenschaden, an dem ein Fahrrad und ein Lkw beteiligt waren, handelte es sich um einen Abbiege-Unfall. Bei Unfällen mit einem Lastwagen trugen Radfahrer laut Bundesamt nur in rund 20 Prozent der Fälle die Haupt-



Entwickler Mathias Lichter (rechts) steht während einer Demonstration des Radarsystems des neuen Abbiegeassistenten an einem Lastwagen. In dem kleinen schwarzen Kasten am Lkw befindet sich das neuartige Radarsystem.

FOTO DPA

schuld. Politisch wird derzeit diskutiert, wie schwere Unfälle mit Lastwagen verhindert werden können. Im Zentrum der Debatte stehen elektronische Hilfssysteme für Lkw-Fahrer, sogenannte Abbiegeassistenten.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) setzt auf eine freiwillige Nachrüstung der Lkw mit elektronischen Abbiegeassistenzsystemen, denn eine gesetzliche Verpflichtung könne nur von der EU erlassen werden. Zur schnellen und deutschlandweiten Einführung möchte er die Nachrüstung finanziell fördern.

„Wir begrüßen diesen Plan sehr, denn diese Abbiegeassistenten verhindern nachweislich schwere Unfälle mit Radlern und Fußgängern“, sagt Stadtrat Manuel Pretzl, Vorsitzender der

CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat. Da sich die Landeshauptstadt zum Verkehrsziel „Vision Zero“ bekannt habe, müsse sie bei der Nachrüstung mit diesen Sicherheitssystemen mit gutem Beispiel vorangehen. „Wir fordern daher, dass die städtische Dienstflotte nachgerüstet wird, um die Gefahr für solche Abbiegeunfälle radikal zu minimieren. Außerdem schlagen wir vor, bei städtischen Vergaben von größeren Bauvorhaben Unternehmen zu bevorzugen, die bereits solche Systeme in ihre Lkw eingebaut haben. Aus Erfahrung wissen wir, dass so eine Entscheidung die Entwicklung beschleunigen kann“, so Pretzl.

Im Kampf gegen schwere Lkw-Unfälle fordern die Grünen im Bundestag Sanktionen für Lkw

ohne elektronische Abbiegeassistenten. Für Lkw ohne solche technischen Hilfssysteme solle der Mautbetrag pro Tag um fünf Euro erhöht werden, sagte der Grünen-Verkehrspolitiker Stefan Gelbhaar der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Die Lkw-Abbiegeassistenten müssen rasch eingebaut werden.“ Die unverbindlichen Ergebnisse des runden Tisches bei Bundesverkehrsminister Scheuer gäben dafür keine Gewähr.

„Die Bundesregierung darf hier nicht weiter abwarten. Die Einführung muss mit wirtschaftlichem Druck beschleunigt werden“, sagte Gelbhaar. Dazu könnte seiner Meinung nach eine gesonderte Mautgebühr auf Lkw ohne Abbiegeassistenten erheblich beitragen. > BSZ/DPA

Ausschreibungen für Bayern

Auftrag **online** finden:
Einfach. Schnell. Effizient.

- ✓ Benachrichtigungen per E-Mail
- ✓ Vergabeunterlagen online
- ✓ Viele weitere Vorteile finden Sie unter www.bsz.de/business

